Lähner Anzeiger

Telephon: Amt Lähn Nr. 24. **Lokalblatt für Lähn und Umgegend.** Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von **Franz Beuchel** in Schönau (Katzbach). — Für den Inhalt verantwortlich: **Franz Beuchel,** Schönau (Katzbach).

Ausgabestelle und **Inseraten-Annahme** in der **Filiale Goldbergerstrasse Nr. 58 in Lähn** und in der **Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau** (Katzbach).

Die Ausgabe erfolgt wöchentlich 3 mal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnement 90 Pf., mit Abtrag 1.14 Mk.

Amtliches Publikations-Organ der städt. Behörden und des Königlichen Amtsgerichts.

Insertionspreis für Lähn und Umgegend 10 Pf. für die 1spaltige Petitzeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf pro Zeile. Annahmeschluß Montag, Mittwoch und Freitag **mittags 12 Uhr.**

Nr. 132. Lähn, Donnerstag, den 5. November 1908. 5. Jahrgang.

Die innere Krise.

Die französische Regierung hat angeblich dem Auswärtigen Amte zu Berlin eine Note überreichen lassen wegen der im Kaisergespräch berührten Haltung Frankreichs gegenüber England während des Burenkrieges. Der Botschafter Cambon erklärte einem Ausfrager, er könne die Nachricht weder dementieren noch bestätigen. Zwischen dem Botschafter und seiner Regierung in Paris besteht ein sehr lebhafter Depeschenwechsel.

Es liegen eine Anzahl Anzeichen dafür vor, daß die Krisis mit der Ablehnung des Abschiedsgesuchs des Fürsten v. Bülow noch nicht beendigt ist. Insbesondere fällt es der „Tägl. Rundsch." zufolge auf, daß der Reichskanzler in seinen Empfängen sich Beschränkungen auferlegt. Besprechungen, die für diese Tage angesetzt waren, werden verschoben. Viel besprochen wird der Besuch, den der Kronprinz dem Reichskanzler abgestattet hat. Es wird behauptet, daß dieser Besuch mit der schwebenden Krisis, deren Schwere nirgends geleugnet wird, im Zusammenhang gestanden habe. Der Kandidat des Kaisers für die Nachfolge des Fürsten Bülow soll gegebenenfalls der General v. Mackensen, der kommandierende General des 17. Armeekorps, sein. Außerdem werden der Botschafter in Konstantinopel, Frhr. v. Marschall, und der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf v. Wedel, genannt.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Schön, der während einer Vereinigung der Internationalen Konferenz über das Urheberrecht von einem Unwohlsein befallen wurde, das ihn einige Wochen den Amtsgeschäften fernhält, wird von dem Gesandten in Bukarest, v. Kiderlen-Wächter, vertreten werden. Aus der Bestellung eines Vertreters ist natürlich nicht der Schluß zu ziehen, daß v. Schön nicht wieder in das Amt zurückkehren wird, sie ist wegen der Verhandlungen des Reichstags vielmehr unabweislich. Das Gerücht, wonach die Stellung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amte, Stemrich, erschüttert sei, ist gleichfalls offenbar unbegründet. Fürst Bülow hat ja die volle Verantwortung für alle in der Daily Telegraph-Angelegenheit begangenen Versehen des Auswärtigen Amtes übernommen.

Auf die Berliner Börse wirkten die Vorgänge der äußeren, noch mehr aber die der inneren Politik verstimmend. Die Haltung blieb abwartend.

Der kirchlich-konservative „Reichsbote" sagt in einem längeren, sehr scharf gehaltenen Artikel unter anderem:

Das Urteil, welches sich aus den Mitteilungen der „Nordd. Allg. Ztg." über das Auswärtige Amt und seine Geschäftsführung ergibt, ist doch ein geradezu niederschmetterndes, für das man gar keine andere Erklärung hat, als urteilslose Unfähigkeit oder unwahrhaftigen Byzantinismus oder oberflächliche Leichtfertigkeit in der Behandlung wichtiger Angelegenheiten. Die Nation muß aber verlangen, daß an diesen wichtigen amtlichen Stellen intelligente, urteilsfähige, charakterfeste Männer stehen. . . Wir müssen in aller Ehrerbietung und Treue unseren vielgeliebten und hochbegabten Kaiser bitten, daß er seine persönliche impulsive Gefühls- und Augenblickspolitik aufgibt und sich zu ruhiger Erwägung aller politischen Maßnahmen mit seinen Räten zusammenschließt, um nichts ohne sie, sondern alles mit ihnen zu unternehmen, wie es sein Großvater, Kaiser Wilhelm der Große, in so erfolgreicher Weise getan hat. Nicht der persönliche Freund Englands oder irgend einer Macht soll der deutsche Kaiser sein, sondern der Freund der deutschen Nation; nichts wünscht die deutsche Nation mehr als das, und wenn Kaiser und Nation in treuer, vertrauensvoller Freundschaft verbunden sind, dann sind wir groß und stark, und niemand wird es wagen, seine Hand gegen Deutschland zu erheben.

Weitaus milder über den Fürsten Bülow urteilt die „Deutsche Tageszeitung":

Viele Blätter sind der Meinung, daß Fürst Bülow auf seinem Gesuche, von seinem Amte entbunden zu werden, bestehen müsse. Diese Forderung würde begründet und berechtigt sein, wenn man erwarten dürfte, daß durch den Rücktritt des jetzigen Kanzlers die Sachlage gebessert würde. Diese Erwartung hegen wir nicht. Wir werden vielmehr befürchten, daß der Rücktritt des Fürsten Bülow jetzt zur Entwirrung und Besserung der Sachlage nicht das mindeste beitragen, sondern sie erheblich verschlimmern und noch mehr verwirren würde.

Der Reichskanzler Fürst Bülow will zunächst mit den Führern der Reichstagsfraktionen Besprechungen abhalten, bevor er seine Erklärung im Reichstage abgibt.

Die „Tägl. Rundsch." erfährt darüber aus parlamentarischen Kreisen: Fürst Bülow spricht am Mittwoch noch nicht. Die erste Sitzung wird vielmehr ausschließlich Petitionen gewidmet und daher ruhig verlaufen. Dafür wird Fürst Bülow mit den Führern der Fraktionen Beratungen abhalten. Es handelt sich dabei um die Vorbereitung einer Interpellation in Sachen der bekannten Kaisergespräche und ihrer Folgen. Fürst Bülow hat selbst das lebhafteste Interesse daran geäußert, die Angelegenheit vor dem Reichstage zur Sprache zu bringen. Daß die Fraktionen eine gemeinsame Interpellation einbringen werden, steht fest. Bei allen Parteien besteht die Absicht, die Angelegenheit in würdiger Weise zu erledigen.

Da die Meinungen der Parteien doch recht geteilt in dem fraglichen Punkte sind, so glauben wir nicht recht an die Einheitlichkeit der Interpellation, noch weniger an die Allgemeinheit des Bestrebens, die Sache ruhig zur Erledigung zu bringen.

Die Annahme, der Reichskanzler werde nach der Besprechung mit den Parteiführern sein Abschiedsgesuch erneuern, ist willkürlich und durch nichts begründet.

Tages-Nachrichten.

Der Kaiser, der tags zuvor den Kolonialstaatssekretär zum Frühstück geladen hatte, hörte am Montag den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. Am Sonntag vormittag hatte der Monarch die Präsidenten des preußischen Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses empfangen. — Der Kaiser hörte am Dienstag den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. — Kaiser Wilhelm trifft am heutigen Mittwoch abend als Jagdgast des österreichischen Thronfolgers in Eckartsau bei Wien ein und besucht am Abend des Freitags in Schönbrunn den Kaiser Franz Josef, worauf er nach Donaueschingen reist. — Auf einem Spazierritt im Berliner Tiergarten fand der Kaiser dieser Tage ein frisch gewaschenes und geplättetes Oberhemd, das die Wäscherin anscheinend verloren hatte. Er ließ es aufheben und im Fundbureau des Polizeipräsidiums abliefern. — Die Kaisertochter, die im 17. Lebensjahre steht, wird wieder einmal „verlobt". Der „Auserwählte" ist diesmal der 20jährige Prinz Christophorus von Griechenland, der sechste Sohn des Königs.

Berlin. Der deutsche Reichstag tritt am heutigen Mittwoch, nachmittags 2 Uhr zusammen. Feierliche Eröffnung durch Thronrede findet nicht statt, da die Session nicht geschlossen, sondern das Haus nur vertagt worden war. Am Mittwoch stehen zunächst 52 Kommissionsberichte über alle möglichen Petitionen auf der Tagesordnung. Gleichzeitig aber geht dem hohen Hause der Entwurf über die Reichsfinanzreform zu. Sobald wie möglich kommt natürlich auch die innere Krise zur Sprache. Die Blockparteien werden da zweifellos zum Fürsten Bülow halten. Das ersieht man aus den Stimmen der Blätter dieser Parteien. So treten, nachdem sich die erste Erregung gelegt und ruhige Besonnenheit wieder zu ihrem Rechte gelangt ist, die „Kreuzztg.", die „Nat.-Ztg.", die „Voss. Ztg." entschieden für den Fürsten Bülow ein. Das gleiche tut auch die „Deutsche Tagesztg.", das Organ des Bundes der Landwirte.

Berlin. Aus der Begründung zum Entwurf einer Reichsfinanzreform veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg." Mitteilungen über die formelle Neuordnung, nachdem sie in der voraufgegangenen Publikation über Bedarf und Deckung bestätigt hatte, daß vom 1. April 1910 ab die Fahrkartensteuer aufgehoben und das niedrige Ortsporto in Kraft treten würde. — Nach der geplanten Neuordnung werden nur noch zwei Verbindungen zwischen den Finanzen des Reichs und den Einzelstaaten bestehen. Einmal die Matrikularbeiträge, für welche die Einzelstaaten in dem ihnen überwiesenen Reinertrag aus dem Zwischenhandel mit Branntwein Deckung finden, und zweitens eine bezüglich des Höchstbetrags periodischer Festsetzung unterworfene Pflicht zur Zahlung von ungedeckten Matrikularbeiträgen, deren Höchstbetrag für das nächste Jahr auf 80 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung vorgesehen ist. Anstelle der zurzeit bestehenden, in ihren Erträgen schwankenden Ueberweisungssteuern tritt der aus dem Handel mit Branntwein gewonnene Reinertrag. Dieser wird in zunächst feststehender Höhe von 220 Millionen Mark den Einzelstaaten überwiesen. Alle sonstigen bisher den Einzelstaaten überwiesenen Steuern verbleiben, unter besonderer Regelung für die Stempelabgaben auf Wettrennen, dem Reiche; nur bei der gesamten Besteuerung von Erbfällen werden die Einzelstaaten durch Belassung eines Teiles vom Ertrage für die Verkürzung bisheriger Einnahmen entschädigt. An der nach dem Gesetz vom 3. Juni 1906 festgesetzten Zahlung bis zu 40 Pfennigen auf den Kopf der Be-